

Autor: Kaufmann, Marion

# Weniger Tests, mehr Elternwille

## Das ändert sich an den Schulen

Nach der Ankündigung des Bildungssparkurses durch die SPD/BSW-Landesregierung gehen die Wogen an Brandenburger Schulen hoch. Lehrkräfte sollen künftig eine Wochenstunde mehr unterrichten. Um die Lehrer zu entlasten, hat Bildungsminister Steffen Freiberg (SPD) sie wie berichtet in einem internen Schreiben informiert, welche Aufgaben im Gegenzug gestrichen werden sollen.

Am kommenden Donnerstag diskutiert der Landtag in einer Sondersitzung zum Haushalt weitere Lehrer-Entlastungsmaßnahmen, die große Änderungen für Schüler und Eltern mit sich bringen. Ein Überblick über die fünf wichtigsten Vorhaben und das pädagogische Pro und Contra.

### 1. Weniger Elterngespräche

Gespräche mit den Eltern zu Beginn der Schulkarriere ihrer Kinder werden reduziert. In den Jahrgangsstufen eins und zwei sollen die zuvor verpflichtenden Elterngespräche zum Schulhalbjahr nur noch auf Wunsch der Eltern geführt werden.

Problem aus Sicht von Kritikern: Bildungsferne Elternhäuser werden ohne Pflichttermin zum Schulgespräch noch weniger erreicht. Um dem vorzubeugen, heißt es im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes der SPD/BSW-Landesregierung: „Unberührt davon bleibt die Aufgabe der Lehrkräfte, im Bedarfsfall die Eltern zur Lernentwicklung und Lernbereitschaft des Kindes anzusprechen.“

### 2. Kein Grundschulgutachten mehr

Diese Maßnahme dürfte die umstrittenste sein: Brandenburg schafft das Grundschulgutachten ab. Bislang war die Empfehlung der Grundschullehrer für den Bildungsweg des Kindes wichtiger, wenn auch nicht bindender Bestandteil für den Wechsel an eine weiterführende Schule.

Mit dem Wegfall des Gutachtens für den Wechsel auf die weiterführende Schule nach der sechsten Klasse „wird eine erhebliche Entlastung der Lehrkräfte im außerunterrichtlichen Bereich geschaffen“, heißt es im Gesetzentwurf. „Der ohnehin tragende Elternwunsch wird damit weiter gestärkt“, weil diesem dann keine abweichende schulische Bildungsempfehlung mehr entgegenstehe. Durch das Kriterium Notensumme (maximal 7 in Deutsch, Mathematik und erster Fremdsprache) und die Möglichkeit des Probeunterrichts bleibe es bei

wirksamen Zugangsbeschränkungen für die – auch in Brandenburg vielerorts übernachgefragten – Gymnasien, argumentiert die Landesregierung

Die Bundesländer handhaben den Übergang zu weiterführenden Schulen unterschiedlich, seit Jahren wird über den besten Weg diskutiert. Befürworter des Gutachtens befürchten: Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulkarriere – in Brandenburg bislang laut Studien positiv niedrig – könnte mit Wegfall der Lehrereinschätzung wachsen, weil bildungsnahen Eltern mehr Einfluss gewinnen.

In Baden-Württemberg hatte 2022 etwa jedes zehnte Kind, das auf ein Gymnasium wechselte, dafür nicht die entsprechende Empfehlung. Heißt: Eltern schicken ihr Kind aufs Gymnasium, obwohl eine andere Schulform aus Lehrersicht geeigneter wäre. „Die Lehrkräfte beobachten die Kinder oft über Jahre – kein Test oder Probeunterricht kann all das berücksichtigen“, schreibt die Fachgruppe Grundschule der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen.

Es gibt aber auch eine andere Sicht: Wenn Lehrer mehr Zeit zum Unterrichten haben, können sie Schüler besser fördern, die keine Unterstützung im Elternhaus und kein Geld für Nachhilfe haben. Und, Befund einer Studie im Auftrag der Vodafone-Stiftung, an der die Universität Potsdam beteiligt war: „Die Herkunft wird mit zensiert.“ Soll heißen, dass Kinder aus bildungsnahen Haushalten in der Tendenz eher eine Gymnasialempfehlung bekommen als andere. Dieser mögliche soziale Nachteil könnte ohne Empfehlungsschreiben und reines Notennurteil wegfallen.

### 3. Ende der MSA-Prüfungen

Kaum Protest dürfte es hingegen dazu geben: Brandenburg will die Prüfungen für den Mittleren Schulabschluss (MSA) am Gymnasium abschaffen. Das wurde seit Jahren immer wieder diskutiert. Zuletzt hatte sich der Landesschülerrat massiv dafür eingesetzt, bei den Landtagsfraktionen und beim Bildungsminister dafür geworben. „Diese zusätzliche Prüfung stellt eine überflüssige Doppelbelastung dar, da die Schülerinnen und Schüler bereits auf das Abitur hinarbeiten“, heißt es im Grundsatzprogramm der Brandenburger Schülervertretung.

Neben Brandenburg kennt zudem nur noch Bremen diese Tests. In allen anderen Ländern erreichen Gymnasiasten mit erfolgreichem Ab-

schluss der zehnten Klasse automatisch die Mittlere Reife.

### 4. Einsatz Künstlicher Intelligenz

Lehrerentlastung durch KI: Oberstufenzentren experimentieren derzeit mit dem „Telli-Chatbot“, der Unterrichtsabläufe, Lernaufgaben und Lernstandserhebungen „mit geringem Zeitaufwand“ erstellen kann, wie die Landesregierung verspricht. Ende April endet die Testphase, ab dem neuen Schuljahr soll das intelligente Tool allen Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Künftig soll Künstliche Intelligenz auch für die Nachbereitung des Unterrichts, insbesondere für die Korrekturen von schriftlichen Arbeiten eingesetzt werden können. Modern, effektiv und gerecht – oder im Gegenteil fehleranfällig, weil der „natürlichen Intelligenz“ der ausgebildeten Pädagogen das Gewicht genommen wird? Auch diese Maßnahme dürfte, wie jeder Einsatz von KI, Befürworter und Skeptiker finden.

### 5. Weniger Klassenarbeiten

Bereits in seinem Brief an die Schulleiter und Lehrer hatte Bildungsminister Freiberg angekündigt, die Zahl der verbindlichen Klassenarbeiten auf zwei je Schuljahr und Fach reduzieren zu wollen. Im Gesetzentwurf sind die Hintergründe genauer ausgeführt.

Derzeit werden bis zu vier Klassenarbeiten in Deutsch, Mathematik, der ersten Fremdsprache sowie Natur- und Gesellschaftswissenschaften geschrieben. Zudem sollen die zentralen Vergleichsarbeiten Vera 3 und 8 als Klassenarbeiten bewertet werden können. Eine Reduzierung führe „zu einer unmittelbaren Entlastung im außerunterrichtlichen Bereich“. Dem dürfte niemand widersprechen.

\*\*\*

Die Zahl der Klassenarbeiten soll reduziert werden. Die Prüfungen für den Mittleren Schulabschluss am Gymnasium fallen ganz weg.

Infobox

Petition gegen Einstellungsstopp

Gegen den vom Bildungsministerium verhängten, vorübergehenden Einstellungsstopp für neue Lehrkräfte im Zuge der Haushaltsverhandlungen formiert sich weiter Widerstand. Eine von Betroffenen veröffentlichte Petition ist nach einem Tag bereits von 8000 Menschen un-

terzeichnet worden, wie Studierende in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am Freitag mitteilten.

Die Politik der neuen SPD/BSW-Landesregierung verschärfe die Bildungskrise, sagte Sandro Schulz, Lehramtsstudent in Potsdam und Sprecher der GEW Studierenden Brandenburg. Die

Stellenbesetzung müsse umgehend wieder aufgenommen werden.

(c) Verlag Der Tagesspiegel GmbH